

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 14

Artikel: Sofias aussenpolitische Optionen : der Balkankrieg zieht auch Bulgarien in Mitleidenschaft
Autor: Schaerer, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092921>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Balkankrieg zieht auch Bulgarien in Mitleidenschaft

Sofias aussenpolitische Optionen

Im Zusammenhang mit dem Krieg auf dem Balkan ist auch Bulgarien von sicherheitspolitischem Interesse. Wir bringen nachfolgend die Zusammenfassung eines Beitrages von Sabine Riedel in der Vierteljahresschrift der Südosteuropa-Gesellschaft «Südosteuropa-Mitteilungen» in München, der sich mit den aussenpolitischen Optionen Bulgariens befasst.

Die Jugoslawienkrise beeinflusst die bulgarische Aussenpolitik; denn die Ausdehnung des Konflikts auf den Süden des ehemaligen Jugoslawien ist nach wie vor gegeben. Ein neuer Balkankrieg wäre kaum mehr abzuwenden, weil sowohl Albanien und die Türkei als auch Bulgarien und Griechenland in diesem Gebiet ihre sicherheitspolitischen Interessen haben.

Welches sind nun die Grenzen des aussenpolitischen Handlungsspielraums Bulgariens? Hindernisse für eine Neugestaltung der Aussenpolitik ergeben sich dort, wo historische Altlasten aus den beiden Balkan- und Weltkriegen fortbestehen. Diese können vor allem in Zeiten der wirtschaftlichen und sozialen Instabilität für politische Interessen missbraucht werden. Doch auch das Handelsembargo gegen Jugoslawien hinterlässt Spuren.

Die bulgarische Balkanpolitik

Zur Zeit des Kalten Krieges waren die bulgarische Politik und Wirtschaft vor allem auf die Sowjetunion ausgerichtet. Der Handel mit Rumänien beispielsweise war ebenso unbedeutend wie derjenige mit Jugoslawien. Zu Griechenland hingegen bestanden gute diplomatische Beziehungen. Auch waren sich beide Staaten in der Diskriminierung ihrer türkischen bzw. muslimischen Minderheit einig. Mit dem Sturz von Staats- und Parteichef Todor Shiwkov im November 1989 begann eine Phase der innen- und aussenpolitischen Umorientierung.

Die bulgarische Aussenpolitik hatte neu zwei verschiedene Optionen: einerseits eine politische Loslösung von der Sowjetunion und damit eine Westorientierung, andererseits trat die Balkanpolitik aus dem Schatten der auf die Sowjetuni-

on ausgerichteten Aussenpolitik heraus und gewann an Bedeutung. Die erste Koalitionsregierung setzte auf den Ausgleich mit der Türkei und auf eine neue bilaterale Zusammenarbeit mit allen Nachbarstaaten auf dem Balkan. So wurden mehrere Freundschaftsverträge und Militärabkommen geschlossen. Einzig mit Jugoslawien kam es zu keinen konkreten vertraglichen Vereinbarungen.

Westintegration als Priorität

An der Brüsseler NATO-Konferenz im Dezember 1991 bot Bulgarien sogar an, einen Dialog mit der Türkei und Griechenland zu führen, und wollte so seine Neutralität zugunsten eines Ausgleichs zwischen den beiden verfeindeten NATO-Mitgliedstaaten in die Waagschale werfen. Bulgarien bot sich auch als Organisator einer Balkankonferenz an; denn es habe den Systemwechsel friedlich vollzogen und auch die türkische Minderheit ins politische System integriert. Bulgarien sei nun ein Stabilitätsfaktor auf dem Balkan. Politisches Ziel dieser Konferenz sei, keine territorialen Ansprüche gegenüber Nachbarstaaten zu erheben sowie die Anerkennung der bestehenden Grenzen. Damit sollte der Helsinki-Prozess gestärkt und eine Westintegration, das heisst eine wirtschaftliche und politische Orientierung auf die Europäische Gemeinschaft, angestrebt werden.

Zwar ist bis heute keine Balkankonferenz einberufen worden, dennoch gewann das politische Ziel einer Vertiefung des Helsinki-Prozesses auch in Bulgarien an Popularität. Bulgarien ist nach einem Jahr der angestrebten Westintegration nähergekommen. Anhaltende innenpolitische Machtkämpfe schwächten aber lange Zeit die Aussenpolitik Bulgariens. Vor allem bezüglich des Wirtschaftsembargos gegenüber Jugoslawien gab es Kontroversen. Dazu kam, dass der Einfluss der Partei der türkischen Minderheit auf die offizielle Regierungspolitik infolge einer Regierungskrise grösser geworden war. Der eingeschlagene Neutralitätskurs der bulgarischen Aussenpolitik stösst in der bulgarischen Öffentlichkeit allerdings auf breite Unterstützung.

Die Ausdehnung des Balkan-Konfliktes auf den Süden des ehemaligen Jugoslawien ist nach wie vor gegeben.

Anhaltende innenpolitische Machtkämpfe schwächten aber lange Zeit die Aussenpolitik Bulgariens.

Die bulgarische Äquidistanzpolitik lässt auch Widersprüche erkennen. Darunter fällt die frühzeitige Anerkennung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.

Stille Allianzen

Der Führer der türkischen Minderheit in Bulgarien meinte, dass die Türkei derzeit der sicherste Bündnispartner Bulgariens sei, denn nur die Türkei könne Bulgarien vor Grenzstreitigkeiten mit Rumänien, Jugoslawien, Mazedonien und Griechenland bewahren und so aus einem möglichen Balkankrieg heraushalten. Allerdings werden in Bulgarien auch Ängste wach, dass die Türkei wie schon das Osmanische Reich als neue Ordnungsmacht auf dem Balkan agieren könnte. Diese Ängste werden vor allem von den antitürkischen Organisationen geweckt, und so liegt aus dieser Sicht ein Wiederaufleben der alten Bündnispolitik mit Russland sowie dem balkanischen Nachbarn Griechenland nahe.

Eine dritte Möglichkeit einer Balkanbündnispolitik wäre eine Zusammenarbeit aller Donauanrainerstaaten auf wirtschaftlicher, politischer und militärstrategischer Ebene. Dabei beziehen sich dessen Protagonisten auf den österreichisch-deutsch-bulgarischen Block von 1914 und erklärten, dass dieser den islamischen Faktor sowie den Faktor der Emigrationsbewegung von Asylanten beeinflussen könnte.

Äquidistanz zu allen Balkanstaaten

Doch die bulgarische Aussen- bzw. die Äquidistanzpolitik lassen Widersprüche erkennen. Darunter fällt die frühzeitige Anerkennung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Diese Entscheidung hing aber mit innenpolitischen Problemen zusammen. Im Präsidentschaftswahlkampf vom Januar 1992 verfocht der Oppositionskandidat Valcanov ein Verbot der Organisation der türkischen Minderheit, während Shelev für die Anerkennung Mazedoniens eintrat. Das knappe Wahlergebnis zugunsten des amtierenden Staatspräsidenten eine Woche nach der Anerkennung Mazedoniens zeigt, welchen Einfluss diese aussenpolitische Entscheidung auf die Wahl des Präsidenten gehabt hat.

Darauf gerieten aber die bulgarisch-griechischen Beziehungen in eine ernsthafte Krise. Verstärkt wurde dies durch Äusserungen bulgarischer Nationalisten,

welche offen von einem Grossbulgarien sprachen. Dazu gehörten einst die heutige Republik Makedonien sowie Teile des griechischen Ägäisch-Makedonien. Eine weitere nationalistische Partei Bulgariens versprach sich von der schlechten wirtschaftlichen und politischen Lage Makedoniens einen Sieg der oppositionellen Demokratischen Partei für die Nationale Einheit Makedoniens und nach einem Referendum einen Anschluss an Bulgarien auf legalem Weg.

Andere betonten die Notwendigkeit, dem grösser gewordenen Nachbarn Serbien ein Gegengewicht entgegenzustellen. Es ist also heute in Bulgarien ein verdeckter Nationalismus mit durchaus möglichen Konsequenzen für die Aussen- bzw. Balkanpolitik Bulgariens feststellbar. Mit verdecktem Nationalismus ist jene Politik gemeint, welche die Westgrenze Bulgariens zu Serbien und Makedonien in Frage stellt, wobei aber nebenbei auch eine aussenpolitische Allianz mit der Türkei verfolgt werden soll.

Begrenzte Optionen in der Jugoslawienkrise

Im Juni 1992 schloss sich auch Bulgarien den Wirtschaftssanktionen der UNO gegen Ex-Jugoslawien an. Trotz der daraus

In Bulgarien ist ein verdeckter Nationalismus feststellbar, der auch die Westgrenze Bulgariens zu Serbien und Makedonien in Frage stellt, wobei aber nebenbei auch eine aussenpolitische Allianz mit der Türkei verfolgt werden soll.

erwachsenden Wirtschaftsschwierigkeiten hielt sich Bulgarien mit Kompensationsforderungen zurück, denn die aussenpolitische Priorität, die europäische Integration Bulgariens, war wichtiger. Bulgarien wollte seine Funktion als stabilisierender Faktor auf dem Balkan bestätigen. Auch nach der Verschärfung des Wirtschaftsembargos im Herbst 1992 war Bulgarien bereit, die Sanktionen mitzutragen. Allerdings wurde nun auf die hohen finanziellen Einbussen hingewiesen und die Verluste in der Höhe von 1,2 Milliarden Dollar bis Ende 1992 veranschlagt.

Die wirtschaftliche Problematik der UN-Sanktionen ist auf den Strukturwandel des bulgarischen Aussenhandels zurückzuführen. Nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes wandte man sich von der einseitigen Ausrichtung auf die RGW-Länder ab und verstärkte den Warenaustausch mit den benachbarten Balkanländern. Vor allem die Handelskontakte mit der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik wurden verstärkt. Deshalb sind die UN-Sanktionen für den bulgarischen Aussenhandel besonders schmerzhaft. Auch müssen die Exporte nach Westeuropa über die bulgarisch-rumänische Grenze umgeleitet werden, was die Transportwege verlängert und damit die Transportkosten verteuert.

Sicherheitspolitische Probleme durch Handelsembargo

Die für die Umgestaltung der bulgarischen Wirtschaft so wichtigen neuen Handelspartner und Investoren bleiben so natürlich fern. Der Verlust neugeschaffener Absatzmärkte in Westeuropa könnte für Bulgariens Wirtschaft einen zusätzlichen Produktionsrückgang sowie eine erhöhte Arbeitslosigkeit bedeuten. Dies könnte eine Verlangsamung der Privatisierung sowie einen vorübergehenden Stopp des Reformprozesses nach sich ziehen.

Die Überwachung der Embargo-Massnahmen bringt grosse sicherheitspolitische Probleme für die ganze Balkanregion mit sich. Im November 1992 wurde in der UN-Resolution 787 die Schifffahrtsfreiheit auf der Donau eingeschränkt. So sollte inskünftig jeder Donauanrainerstaat das Recht und die Pflicht haben, Zollpapiere sowie die Fracht selbst zu kontrollieren. Anfang Februar 1993 sahen sich aber die Regierungen von Bulgarien und Rumänien gezwungen, weitere Unterstützung anzufordern.

Auslöser dazu war ein Vorfall im Januar 1993, als die Besatzung eines für Serbien bestimmten ölbeladenen Tankers drohte, die Ladung in die Donau zu kippen oder das Schiff zu sprengen, falls sie an der Weiterfahrt gehindert würde. Der

bulgarische Regierungschef Berov weigerte sich, ölbeladene serbische Tanker auf der Donau anzuhalten; denn die Gefahr eines militärischen Konflikts mit Serbien und einer ökologischen Katastrophe durch ausfliessendes Öl könne nur so umgangen werden, wurde argumentiert. Und dies würde eine Internationalisierung des Konflikts bedeuten.

Im März 1993 wurde die Entsendung von nichtmilitärischen Polizeitruppen unter der Leitung der WEU vorgeschlagen. Im Mai 1993 kam es schliesslich zur Unterzeichnung des Abkommens zur Entsendung dieser Polizeikräfte an die Donau. Bulgarien machte aber deutlich, dass es prinzipiell vermeiden wollte, Mittel der Gewalt zur Durchsetzung des Embargos einzusetzen.

Abschliessend wies Sabine Riedel nochmals auf die Folgen der Embargomassnahmen für die gesamte Balkanregion hin. Der Transformationsprozess der Donauanrainerstaaten werde empfindlich gestört. Es bestehe auch ein Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Krise und dem Neu- oder Wiederaufleben des Nationalismus. Trotz des Drängens von UNO und WEU auf Einhaltung des UN-Handelsembargos auf der Donau notfalls mit Gewalt sei die offizielle Haltung der bulgarischen Regierung beruhigend. Allerdings sei abzusehen, dass Bulgarien der erhoffte wirtschaftliche und politische Anschluss an Europa nicht gelingen werde. Bündniskoalitionen auf dem Balkan erhielten damit neuen Auftrieb. *Stefan Schaerer* ■

Lettland erwartet Sie

Nach 50 Jahren Fremdherrschaft und Isolierung ist Lettland wieder auf dem Rückweg nach Europa. Riga-Reisen erschliesst ein Land mit unberührter Natur, reicher Kultur und vermittelt nicht alltägliche Einblicke in die Probleme einer Gesellschaft im dramatischen Wandel von Kommunismus zu Demokratie und Marktwirtschaft.

Achttägige politische Studienreise
«Lettland – Land im Umbruch» Fr. 1490.–
 Acht Tage **«Romantisches Lettland» Fr. 1430.–**
 Acht Tage **«Baltische Hauptstädte» Fr. 1390.–**

Verlangen Sie nähere Auskünfte über unsere vielfältigen Angebote.

RigaReisen

Telefon 063 61 07 70 (auch samstags)